

WAT(T) FÜR BERLIN

Ein Erfahrungsbericht vom fast erfolgreichen Volksbegehren für eine Energieversorgung in Berliner Hand

Text Claudia Löhle Fotos Berliner Energietisch

Vor drei Jahren stellen wir – eine kleine Gruppe Berliner Klimaschutz/innen und Globalisierungskritiker/innen – die Weichen für eine radikale Umgestaltung der Berliner Energieversorgung. Mit berlineigenen Stadtwerken und Stromnetzen wollen wir neben einer sozialverträglichen Energiewende eine Form der Energiedemokratie erreichen, bei der die Berliner/innen ein echtes Mitspracherecht bekommen. Der Zeitpunkt erscheint günstig, denn Ende 2014 laufen die Verträge mit Vattenfall aus. Und 2011, kurz vor den Abgeordnetenhauswahlen, sieht es noch gut aus für eine rot-grüne Koalition – zwei Parteien, die sich grundsätzlich offen zeigen für unsere Ideen. Deshalb fällt es auch leicht, mit einem Volksbegehren zu drohen. Ein Volksbegehren in Berlin heißt: 25.000 Unterschriften in sechs Monaten sammeln. Und das ist nur die erste Stufe. In der zweiten, dann in nur vier Monaten, müssen es schon 200.000 Unterschriften sein. 1.666 Unterschriften pro Tag!

Nach der Wahl gibt es kein Zurück mehr, denn es kommt zur großen Koalition und mit der CDU ist eine Rekommunalisierung nicht zu machen. Unsere großspurigen Ansagen müssen also in die Tat umgesetzt werden. Dazu stellen wir ein Kampagnenteam zusammen, bestehend aus Stefan Taschner und mir vom Verein BürgerBegehren Klimaschutz und Jens-Martin Rode von attac als Koordinator für die Unterschriftensammlung. Zwei Vollzeitpraktikanten komplettieren das Team. 54.000 Euro geben wir insgesamt für die erste Stufe des Volksbegehrens aus, ein Drittel des jeweiligen Budgets für die beiden folgenden Stufen. Im

Rückblick erscheint die erste Runde wie ein Kinderspiel. In vier statt sechs Monaten erreichen wir 30.660 gültige Stimmen. Ein Zeichen, das ein Volksbegehren zwar immer noch verrückt, aber vielleicht doch zu schaffen ist.

Dafür müssen wir uns aber verstärken. Zum einen bauen wir ein Bündnis aus über 50 Organisationen auf. Zum anderen komplettieren wir das Kampagnenteam mit Michael Efler von Mehr Demokratie als Kampagnenleiter. Die ersten beiden Monate verlaufen nach Plan. Nur das Wetter spielt verrückt. Der kälteste Frühling seit 130 Jahren. Noch im April herrschen eisige Minusgrade in Berlin. Das trägt mit dazu bei, dass wir im vorletzten Monat der Sammlung hinter unseren Erwartungen zurückliegen. Nun wird es erstmals kritisch.

Noch 25 Tage und 104.000 Unterschriften

Es ist Mittwoch, der 15. Mai. In knapp vier Wochen endet die viermonatige Frist für das Volksbegehren. Das groß angedachte Aktionscamp ist nur halb besetzt und im Büro sind von den angestrebten 200.000 erst 96.000 Unterschriften zusammen gekommen. Kurz: Wir werden nervös. An diesem Morgen komme ich mit einem Bündel aus 5-, 10-, 20- und 50-Euro-Scheinen ins Büro. Insgesamt 1.135 Euro hat das gestrige „KiezBingo“ im Berliner Club S036 für den guten Zweck unseres Volksbegehrens eingebracht. Im Büro bekommen wir es erstmal mit einem Witzbold zu tun, der sich in unsere Webseite gehackt hat. Unser Sammelkalender ist weg – und das im letz-



ten Sammelmonat! Wir bekommen das wieder in den Griff und ich mache mich daran, die tägliche E-Mail-Flut abzuarbeiten. Dabei ärgere ich mich über die Unken, die Untergangsstimmung verbreiten, während der harte Kern nimmermüder Aktiver alles für den Erfolg des Volksbegehrens gibt.

Gegen 12 Uhr folgt dann doch ein Highlight des Tages: Die Post ist da. Nur 280 Unterschriften waren es am Vortag. Viel zu wenig. Ein Rückschritt im Vergleich zu den Tagen davor und wir befürchten schon einen Einbruch des Postrücklaufs. Doch heute sieht es wieder besser aus. Bei 537 Unterschriften geht es etwas entspannter zum Mittagessen. Es ist schönstes Parkwetter, doch ich sitze gleich wieder am Rechner. Muss noch schnell einen Serienbrief erstellen. Ein Anschreiben an alle Unterstützer/innen soll übermorgen raus gehen. Doch „schnell“ ist nicht. Bei dem Wetter und 4.000 Adressen geht mein Rechner in die Knie. Und während die Adressen im Schneckentempo durchlaufen, summieren sich in meinem Kopf die Unterschriften, die ich in der vertanen Zeit hätte sammeln können.

Am Nachmittag geht es zusammen mit Michael raus in den Park. Endlich! Während ich nach drei Stunden und 73 Unterschriften selbstzufrieden zurück ins Büro laufe, macht er ohne Pause weiter. Ohne Hemmungen ran an die großen Gruppen und später an die Warteschlange vorm Freiluftkino. Mit vier Klemmbrettern, versteht sich. Die Finger bunt bemalt von den wasserfesten Filzstiften, die wir für die eisigen Temperaturen

gekauft hatten. Am späten Abend schickt er mir eine SMS mit der simplen Botschaft „176“.

Noch sieben Tage und 37.528 Unterschriften

Dienstag, der 4. Juni, ist der Tag, an dem alles gut wird. Durchhalteparolen sind immer noch angebracht. Klar, viele Leute schicken ihre Unterschriften erst ganz zum Schluss ab. Die Unterschriftenzahlen steigen dann steil an. Doch läuft das auch bei uns so? Und müssten die säckeweise Unterschriften nicht langsam mal ankommen? Der Postbote bringt die Antwort: An diesem Tag sind es 4.918 Unterschriften! Wir können unser Glück kaum fassen.

Vier Tage vor Fristende: 200.000 Unterschriften erreicht!

Die Dynamik am Ende übertrifft alle Erwartungen. Plötzlich will jede/r bei den Siegern dabei sein. Am Abend des 7. Juni knacken wir die Marke von 200.000 Unterschriften. An jedem folgenden Tag kommen per Post rund 4.000 Unterschriften hinzu. Ein kleines Ritual entsteht: Jemand fängt den Postboten ab, bringt die schwere Kiste ins Büro und alle versammeln sich um den großen Tisch der Demokratie-Etage. Dann beginnt der 1. Akt: Briefe öffnen. Mit sechs Leuten dauert es mindestens eine Stunde. 2. Akt: Listen sortieren. 3. Akt: Unterschriften zählen. Nach etwa drei Stunden sind wir damit fertig. Wir sind fast nur noch mit dem Ernten beschäftigt. Am letzten Tag kommen immer wieder neue Stapel mit tausenden Unterschriften an. Am Ende der ersten Stufe des Volksbegehrens hatten wir



Mit kreativen Aktionen, vielfältigen Plakaten und Infoständen waren die Aktiven des Energietischs überall im Stadtbild präsent. Weil es für den Sieg dennoch nicht gereicht hat, regt sich bei den Berliner/innen Unmut über das hohe Zustimmungsquorum. Mehr als 1.000 Berliner/innen hatten zum Redaktionsschluss den Aufruf „Die Mehrheit entscheidet!“ des Landesverbandes Berlin/Brandenburg von Mehr Demokratie unter bb.mehr-demokratie.de/die-mehrheit-entscheidet.html unterzeichnet.

noch für jede tausendste Unterschrift eine Sektflasche geköpft. Jetzt kommen täglich weit mehr, als wir trinken können. In einer Nacht-und-Nebel-Aktion liefern wir abends die letzten Unterschriften beim Pförtner der Landesabstimmungsleiterin ab. Bevor dies gelingt, müssen wir erst einmal den Weg zu ihm finden. Gar nicht so einfach, denn der Eingang ist verriegelt und verrammelt. Mit den Kisten voller Unterschriften schlagen wir uns schließlich über unbeleuchtete Grünanlagen zum gut versteckten Hintereingang durch. Um 23:35 Uhr haben wir alles beim Pförtner abgegeben, der der Tragweite dieses historischen Moments mit wohlwollendem Desinteresse begegnet. Ende Juni sind wir längst im Sommerurlaub, als die Landesabstimmungsleiterin eine Gesamtzahl von eingereichten 271.495 Unterschriften verkündet.

Worte wiegen nichts: Die Termintricks des Berliner Senats

Zurück aus dem Urlaub herrscht in Berlin gähnende Langeweile – bis Innensenator Frank Henkel (CDU) den 3. November als Abstimmungstermin für den Volksentscheid in der Bild-Zeitung verkündet. Nun klingelt ständig das Telefon. Die Presse will gefüttert werden. Im Eiltempo wird eine Protestaktion organisiert. Schließlich war die gesamte Kampagne auf den Tag der Bundestagswahl als Abstimmungstermin ausgerichtet. Gleichzeitig mit der Bundestagswahl soll in den beiden größten deutschen Städten Berlin und Hamburg über die Energieversorgung abgestimmt werden, was ein bundesweites Zeichen für die Energiewende setzen würde. In Hamburg ist schon sicher, dass es einen Volksentscheid zur Bundestagswahl geben wird und der offizielle Zeitplan der Landesabstimmungsleiterin in Berlin sieht ein Zeitfenster vom 15. September bis zum 3. November vor. Mit der Entscheidung für den letztmöglichen Termin macht der Berliner Senat eine alte Drohung wahr. Während der Verhandlungen mit SPD und CDU nach der erfolgreichen ersten Stufe hieß es: Startet ihr das Volksbegehren, so nehmen wir euch den Bundestagswahltermin.

Im Jahr 2009 trat der damalige Oppositionspolitiker Frank Henkel (CDU) noch für die Zusammenlegung von Volksentscheiden und Wahlen ein. Damals ging es ihm um eine hohe Beteiligung beim Volksentscheid „Pro-Reli“. Denn für einen Erfolg müssen mindestens 25 Prozent der Wahlberechtigten dem Volksbegehren im Entscheid zustimmen. Das hatte von bisher drei Berliner Volksentscheiden allein der Berliner Wassertisch geschafft. Trotz einer geringen Abstimmungsbeteiligung von 27,5 Prozent stimmten eine Mehrheit von über 98 Prozent für die Offenlegung der Wasserverträge (siehe *md*-magazin Nr. 88). Unser Thema ist jedoch wesentlich kontroverser. Für uns heißt es also: mobilisieren, mobilisieren, mobilisieren!

Dank unserer knapp 1.000 Spender/innen, großzügiger Stiftungsförderungen und Bündnispartnerbeiträgen können wir richtig viel auf die Beine stellen. Unseren Aufruf zur Abstimmung verbreiten wir nicht nur mit 10.000 Straßenplakaten,

U-Bahn-Plakaten, Postkarten, Transparenten, Bannern, Großplakaten, Aufklebern, Buttons, 150.000 verteilten Flyern und 400.000 Türhängern, sondern auch mit Kino- und Radiospots, Zeitungsanzeigen, U-Bahn-Spots, Kreideaktionen und Mobilisierungsvideos. Um die Beteiligung bereits vor dem 3. November zu erhöhen, setzen wir auf eine gezielte Briefabstimmungskampagne. Mehr als 230.000 Berliner/innen machen mit und bestellen sich den Stimmzettel nach Haus. Währenddessen folgen weitere Störmanöver durch die Regierungskoalition. Statt das Ergebnis des Volksentscheids abzuwarten, wird wenige Tage vorher ein „Abfanggesetz“ beschlossen, mit dem eine Art Ministadtwerk gegründet und der Volksentscheid für überflüssig erklärt wird. Niedergestimmt wird dagegen ein Antrag der Opposition, neutral zur Beteiligung am Volksentscheid aufzurufen.

Der Tag der Entscheidung

Nicht am Tag der Bundestagswahl, sondern sechs Wochen später an einem verkaufsoffenen Sonntag wird schließlich über berlineigene Stadtwerke und den Rückkauf der Berliner Stromnetze abgestimmt. Die Zustimmung liegt mit 83 Prozent JA-Stimmen sogar über unseren Erwartungen. Anders als bei den bisherigen Berliner Volksentscheiden, bei denen sich eine Ost-West-Spaltung ergab, erreicht unser Anliegen in allen Berliner Bezirken eine große Zustimmung. Warum der Volksentscheid trotzdem verloren geht, will mir bis heute nicht richtig in den Kopf. Am Ende fehlen in der Millionenstadt Berlin nur 21.374 Stimmen, um das geforderte Quorum zu erreichen. Die hohe Zustimmung genügt nicht, da zu viele Menschen zu Hause blieben. Woran es liegt, dass sich nur 29,1 Prozent der Abstimmungsberechtigten beteiligen, bleibt Spekulation. Bitter auch, dass dieses Ergebnis nach den Hamburger Spielregeln als rauschender Erfolg gefeiert werden könnte. Unser Beispiel zeigt erneut, wie unglaublich schwierig es ist, in Berlin einen Volksentscheid zum Erfolg zu führen. Mehr Demokratie Berlin startet daraufhin den Aufruf „Die Mehrheit entscheidet!“ für die Abschaffung des Quorums und für die Zusammenlegung von Volksentscheiden mit Wahlen.

Trotz der vermeintlichen Niederlage nehme ich aus der dreijährigen Kampagne ganz viel mit. Ich habe nicht nur unheimlich viel lernen dürfen, sondern gesehen, was Volksbegehren bewirken können. Besonders die unglaublich positive Energie in der Schlussphase des Volksbegehrens, aber auch das große Engagement derer, die in den kritischen Phasen alles gegeben haben, bleiben in Erinnerung. Der Dank geht hiermit auch an die vielen Aktiven von Mehr Demokratie, die uns kräftig bei der Unterschriftensammlung unterstützt haben!

Claudia Löhle arbeitet beim Verein BürgerBegehren Klimaschutz und ist bei Mehr Demokratie im Landesvorstand Berlin/Brandenburg.